

Liebe Leserinnen und Leser,

ohne Frage: seit dem letzten Newsletter ist etwas Zeit vergangen.

Ob wir es gut finden oder nicht, die Entscheidung ist gefallen: Armin Laschet wird als Kanzlerkandidat für die CDU/CSU bei der Bundestagswahl im September antreten. Markus Söder wäre ein unglaublich motivierender Motor an der Spitze der Wahlkampfbewegung gewesen. Jetzt gilt es einerseits, Armin Laschet zu unterstützen, andererseits kämpfen wir in Bayern für unsere Partei und unsere Kandidatinnen und Kandidaten!



Das alles umfassende Thema ist und bleibt die Pandemie. Die EU arbeitet mit Hochdruck an den digitalen Zertifikaten, um die Mobilität in ganz Europa wieder zu ermöglichen. Einzelne Bürger haben mich aufgefordert mit „nein“ zu stimmen. Auf meine Nachfrage „warum“ wollten sie keine Antwort geben. Aber auch Abseits von Corona und Personalfragen in Deutschland gab es seit Ostern zahlreiche Themen in meinem Terminkalender. Das Brexit-Abkommen ist final abgeschlossen und für die Landwirtschaft liegen einige gute Initiativen auf dem Tisch sowie eine Bürgerinitiative, die sich gegen Käfighaltung ausspricht. Leider ist Käfighaltung noch nicht in allen Mitgliedstaaten abgeschafft. Außerdem finden Sie in diesem Newsletter einen Gastbeitrag von Daniela Scharrer, der jüngsten bayerischen CSU-Gemeinderätin, zum Thema Wolf!

Darüber hinaus sind wir uns nun einig beim EU-Klimagesetz. Dass dahingehend noch Handlungsbedarf bei den Maßnahmen besteht, zeigt das Klimaschutzurteil des Bundesverfassungsgerichts. CSU-Chef Söder nennt das Urteil, das klar einen Generationenvertrag einfordert, wuchtig, aber richtig. Selbst der Deutsche Bauernverband will Klimaschutz als ein Ziel im Grundgesetz aufgenommen wissen. Mit unserer bayerischen Expertise in und um unsere Forschungseinrichtungen sollten wir das Thema schnellstmöglich substanzvoll und richtig mit Leben füllen! Wir können und wir müssen Umwelt- und Klimakompetenz mit Wirtschaftskompetenz synchronisieren. Auch unsere Bäuerinnen und Bauern werden es uns danken!

Ich wünsche Ihnen eine informative und unterhaltsame Lektüre.

Mit freundlichen Grüßen



Mein Europa

Digitale grüne Nachweise / "green certificates"

Mit den digitalen grünen Nachweisen wollen wir die Reisefreiheit innerhalb der EU in Zeiten von Corona wiederherstellen. Jede Person, die geimpft, negativ auf Corona getestet wurde oder eine COVID-19-Erkrankung überstanden hat, bekommt damit einen in ganz Europa akzeptierten Nachweis, digital und auf Papier. Damit wird freies Reisen in der gesamten Europäischen Union auch in Zeiten von Corona wieder ermöglicht.

Als eine der europäischen Grundfreiheiten ist die Reisefreiheit für die CDU/CSU-Gruppe eine der wichtigsten Errungenschaften der Europäischen Union. Wir haben uns deshalb erfolgreich dafür eingesetzt, dass das Gesetzgebungsverfahren zum digitalen grünen Nachweis enorm beschleunigt wurde, damit er rechtzeitig zur Urlaubssaison in diesem Sommer eingeführt werden kann.

Gerade wenn zunehmend mehr und mehr Bürgerinnen und Bürger geimpft sind wird der digitale grüne Nachweis Schritte zurück in die Normalität ermöglichen.

Lesen Sie hier die verschiedenen Erklärungen meiner Kolleginnen und Kollegen:

Jens Gieseke (CDU), verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe:

„Wir müssen die Freizügigkeit in Europa dringend wiederherstellen. Der Binnenmarkt ist schließlich eine der größten Errungenschaften der EU. Unsere Wirtschaft und der Tourismus brauchen endlich eine Perspektive, um die derzeitigen Beschränkungen sicher aufheben zu können und wirtschaftlich wieder auf die Beine zu kommen. Mit einem einheitlichen EU-Impfnachweis kann dies gelingen.“

Allerdings dürfen wir jetzt keine weitere Zeit verlieren, wenn der digitale Impfnachweis den Europäerinnen und Europäern Sommerurlaub ermöglichen soll. Die EU-Mitgliedstaaten müssen das Thema bei ihrem anstehenden Gipfeltreffen ganz oben auf ihre Agenda setzen. Ein einheitliches Vorgehen ist dabei unerlässlich. Ein weiterer Flickenteppich wie schon bei der Corona-App wäre keine gute Nachricht.“

Daniel Caspary (CDU), Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe:

„Das Zertifikat muss so schnell wie möglich kommen. Die Freizügigkeit ist eine der größten Errungenschaften des vereinten Europas und muss deshalb endlich wiederhergestellt werden. Jede Person, die geimpft, negativ auf Corona getestet wurde oder eine COVID-19-Erkrankung überstanden hat, bekommt damit einen in ganz Europa akzeptierten Nachweis, digital und auf Papier. So wird freies Reisen in der gesamten EU auch in Zeiten von Corona wieder ermöglicht. Wenn zunehmend mehr und mehr Bürgerinnen und Bürger geimpft sind, wird das Zertifikat Schritte zurück in die Normalität ermöglichen.“

Angelika Niebler (CSU), Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Vorsitzende der CSU-Europagruppe:

„Das europaweit gültige Covid-19-Zertifikat kommt und damit ist Reisen in der EU ohne Grenzen hoffentlich bald wieder möglich. Die Einführung eines solchen Zertifikats könnte den Flickenteppich an Einreiseregulungen, der zurzeit herrscht, beenden und tausenden

EU-Bürgern, die in Grenzregionen wohnen und arbeiten, das Leben erheblich erleichtern. Auch unserem Tourismussektor, der besonders hart von der Krise getroffen ist, könnten wir so wieder eine positive Perspektive bieten."

Auch für mich ist es wichtig, dass wir hier den Bürgerinnen und Bürgern schnell ihre Mobilität wiedergeben. Denn gerade auch das Reisen und das Erfahren anderer europäischer Kulturen gehört zu den Errungenschaften der EU.

Meinen persönlichen Standpunkt finden Sie in der [Pressemitteilung](#).

Mögliche Exportbeschränkungen für Impfstoffe

Zu den Äußerungen von Kommissionspräsidentin von der Leyen, die Exporte von Corona-Impfstoffen aus der EU möglicherweise stärker zu beschränken erklären meine beiden Kollegen Daniel Caspary (CDU), Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament und Angelika Niebler (CSU), Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Vorsitzende der CSU-Europagruppe:

"Wir brauchen weitere Exportbeschränkungen für Impfstoffe. Europa hat sich wie keine andere Region solidarisch gezeigt. Wir produzieren derzeit Impfstoffe für die Welt, aber leiden selbst unter Impfstoffknappheit. Solidarität kann nur erwarten, wer sich selbst solidarisch zeigt. Länder die Impfstoffexportbeschränkungen eingeführt haben, können keine Lieferungen aus der EU erwarten. Unternehmen, die ihre vertraglichen Verpflichtungen uns gegenüber nicht erfüllen und stattdessen andere Vertragspartner bevorzugt beliefern, müssen die möglichen Konsequenzen kennen. Klar ist dabei auch: die Maßnahmen müssen verhältnismäßig sein und auf Gegenseitigkeit beruhen."

Bundesverfassungsgericht lehnt Eilantrag gegen Aufbaufond der EU ab

Mit dieser guten Nachricht ist der Weg frei für eine schnelle Erholung der europäischen Volkswirtschaften von den sozialen und ökonomischen Folgen der COVID-Pandemie. Der Eigenmittelbeschluss des Rates der Europäischen Union vom 14. Dezember 2020, dem alle Mitgliedstaaten zustimmen müssen, ermächtigt die Europäische Kommission, im Namen der Europäischen Union an den Kapitalmärkten Mittel bis zu einem Betrag von 750 Milliarden Euro zu Preisen von 2018 aufzunehmen. Als nächstes steht die Unterschrift von Bundespräsident Steinmeier für die Ratifizierung an.

EU-Klimagesetz

Zur Trilog-Einigung zum EU-Klimagesetz erklären Daniel Caspary (CDU), Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe und Angelika Niebler (CSU), Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Vorsitzende der CSU-Europagruppe:

"Die Einigung auf 55% Emissionsreduzierung bis 2030 ist ein historischer Erfolg für die Europäische Union. Die CDU/CSU-Gruppe begrüßt ausdrücklich, dass sich damit unser ambitionierter, aber noch realistischer Ansatz des 55%-Ziels für 2030 durchgesetzt hat. Auch dieses Ziel bedeutet eine gewaltige Transformation.

Europa legt im Klimaschutz vor. Wir müssen nun alles unternehmen, auch die restliche Welt, insbesondere die USA und China, von ambitioniertem Klimaschutz zu überzeugen. Der Klimawandel lässt sich nur gemeinsam bewältigen."

Taxonomie: Technologieneutralität für eine schnelle Energiewende

Zum delegierten Rechtsakt der Kommission zur "Taxonomie", den die EU-Kommission heute veröffentlicht, erklärt Markus Pieper (CDU), parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe und Mitglied im EP-Industrie- und Energieausschuss:

"Bioenergie, Gas und Kernenergie in einem eigenen separaten Rechtsakt zu regeln, gibt die Chance für eine schnellere und effizientere Energiewende. Ich bin deshalb dankbar, dass die Kommission die auch von uns vorgebrachte Kritik gehört hat und somit einen technologieneutralen Ansatz wählt.

Gerade auch im Hinblick auf das heute Nacht vereinbarte EU-Klimagesetz gilt: Viele Mitgliedsstaaten brauchen Gas für den Weg zur Klimaneutralität. Der Gas-Anteil am Energiemix wird bis 2030 teils sogar steigen. Auch der Europäische Rat hat Gas am 10./11.12.2020 ausdrücklich als „Übergangstechnologie“ erwähnt. Das wichtigste Stichwort ist dabei der Übergang. Die neuen Kriterien müssen Hand in Hand mit der jetzt anstehenden Gesetzgebung zum Green Deal entwickelt werden. Die für "Fit für 55" anzupassenden Richtlinien für Energieeffizienz, Gebäude und Erneuerbare Energien liefern damit den Input für den delegierten Rechtsakt, nicht andersherum.

Bei der konkreten Ausgestaltung des nun noch folgenden Rechtsakts müssen die Nachhaltigkeitskriterien realistisch gestaltet werden, um die Nutzung von Gas-Kraftwerken für den Übergang auch in Deutschland zu ermöglichen. Die Transformation in eine klimaneutrale Wirtschaft schaffen wir nur mit planbaren und investitionssicheren Zwischenschritten. Dass der heute vorgelegte Vorschlag dies grundsätzlich vorsieht, begrüße ich. Auch zu dem separaten Rechtsakt werden wir weiterhin den intensiven Dialog mit der Kommission suchen. Im Europaparlament ist dabei eine Beteiligung des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie notwendig.

Kritisch betrachte ich den ebenfalls heute gemachten Vorschlag der Kommission zur Überprüfung der Richtlinie zur nichtfinanziellen Berichterstattung, welche nunmehr als Richtlinie zur nachhaltigen Berichterstattung weitergeführt werden soll. Zukünftig sollen bis zu 50.000 Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern in Sinne dieser Richtlinie berichten müssen. Auch für kleine und mittelständische Unternehmen wird es damit verpflichtende Berichtsstandards geben. Das ist nur eins: nachhaltig bürokratisch."

EU-UK Handels- und Kooperationsabkommen

Es ist das richtige Signal, das EU-UK Handels- und Kooperationsabkommen im Plenum nun endgültig zu beschließen. In den letzten Wochen hat das Europäische Parlament den Text unter Beteiligung sämtlicher Fachausschüsse detailliert überprüft. Dies war ein beispielloser parlamentarischer Vorgang, der nun abgeschlossen ist.

Das Abkommen ist fair und ausgewogen. Es bietet eine solide und rechtlich stabile Grundlage für unsere neue Partnerschaft. Daher zählen wir darauf, dass eine große Mehrheit dem Handels- und Kooperationsabkommen zustimmen wird. Ohne Zustimmung zum vorliegenden Abkommen, kommt es nach Ablauf der derzeitigen Übergangsphase am 1. Mai zum harten Brexit.

Bedauerlicherweise leistet die britische Regierung noch immer zu wenig, um das Austrittsabkommen sowie das Protokoll zu Irland und Nordirland vollständig umzusetzen. Dies gilt weiterhin als ein Lackmustest für unsere neue Partnerschaft. Die aktuellen Herausforderungen müssen in den bestehenden Rechtsrahmen im Dialog gelöst werden. Die EU und das Vereinigte Königreich sind wichtige Partner, die auf eine gute Zusammenarbeit angewiesen sind. Im Januar 2021 schrumpfte das britische Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zum Vormonat um 3 Prozent, die Exporte in die EU brachen im ersten Monat dieses Jahres sogar um 40,7 Prozent ein. Nach aktuellen Berechnungen der EU-Kommission führt der Austritt der Briten beim Bruttoinlandsprodukt der EU bis Ende 2022 zu einem Minus von 0,5 Prozent. Im Vereinigten Königreich sinkt die Wirtschaftskraft dagegen um 2,25 Prozent.

Das Europäische Parlament hat dem Handels- und Kooperationsabkommen mit dem Vereinigten Königreich mit einer großen Mehrheit von 660 zu 5 Stimmen bei 32 Enthaltungen zugestimmt. Die begleitende politische Entschließung erhielt mit 578 zu 51 Stimmen (68 Enthaltungen) ebenfalls breite Zustimmung. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses und Brexit-Beauftragte des Europaparlaments, David McAllister (CDU) erklärt dazu:

„Das Europäische Parlament hat dem umfangreichsten Abkommen zugestimmt, das es jemals mit einem Drittland gab. Damit steht unsere künftige Partnerschaft auf einer soliden und rechtlich abgesicherten Grundlage. Gleichwohl ist dieser Handelsvertrag auch der erste in der Geschichte der Europäischen Union, der Hindernisse und Barrieren schafft und keine abbaut. Denn die britische Regierung hat sich für eine harte Trennung von der EU entschieden. Aus dem Binnenmarkt und der Zollunion auszutreten, bedeutet im Ergebnis einen reibungslosen Handel aufzugeben. Der Brexit war von Anfang an eine „Lose-Lose-Situation“, in der es nichts zu gewinnen gab. Die Folgen des Brexits werden uns noch Jahre, wenn nicht Jahrzehnte beschäftigen.“

Jetzt geht es darum, die Vereinbarungen praktisch umzusetzen. Dabei sind in den ersten gut vier Monaten Hindernisse und Komplikationen aufgetreten. Die britische Regierung leistet leider noch zu wenig, um das Austrittsabkommen sowie das Protokoll zu Irland und Nordirland vollständig umzusetzen. Dies gilt weiterhin als ein Lackmustest für unsere neue Partnerschaft.

Die bestehenden Herausforderungen müssen im gemeinsamen Rechtsrahmen gelöst werden. Das Protokoll zu Irland und Nordirland ist Teil der Lösung - das Problem ist und bleibt der Brexit. Alleingänge der britischen Regierung schaden der konstruktiven Zusammenarbeit. Von britischer Seite darf es keine Überraschungen mehr geben. Nur so kann wertvolles Vertrauen, das es zu Beginn einer Partnerschaft braucht, aufgebaut werden.

Durch die Ratifizierung erhält die EU rechtliche Mittel an die Hand, um Verstöße gegen das Austrittsabkommen zu ahnden. So ist es möglich, Teile des Handels- und Kooperationsabkommens auszusetzen oder britische Importe mit Zöllen zu belegen. Aber es ist mein dringender Wunsch, dass derartige Schritte nicht ergriffen werden müssen.

Schließlich gibt es weitere offene Fragen, die eine enge Zusammenarbeit benötigen. Das Abkommen wird sich mit der Zeit weiterentwickeln müssen. Es ist in unser aller Interesse, dass diese neue Partnerschaft funktioniert. Trotz der Entscheidung des Vereinigten Königreichs, die Europäische Union zu verlassen, teilen wir tiefe und langjährige Bindungen, Werte und eine gemeinsame Geschichte.“

EU-Russland-Beziehungen

Russland hat bis zu 25.000 Truppen in der Nähe der ukrainischen Grenze zusammengezogen. Allein in diesem Jahr sind 26 ukrainische Soldaten getötet worden. Die Situation verschlechtert sich und ist eine ernste und wachsende Bedrohung für die europäische Sicherheitsordnung sowie für die ukrainische Souveränität. Mit der Annexion der Krim 2014 haben wir genau dieses Szenario schon einmal erlebt. Geschichte darf sich nicht wiederholen.

Wir erwarten von Russland, dass es jetzt deeskaliert. Dies gilt auch für den Umgang mit Kreml-Kritiker Alexey Nawalny. Russland muss als Mitglied des Europarates Nawalny eine menschenwürdige Behandlung gewährleisten.

Wir setzen weiterhin auf Dialog und wollen dafür alle bestehenden Gesprächsformate wie die Trilaterale Kontaktgruppe, das Normandie-Format sowie die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) in Wien nutzen. Bleibt Moskau uneinsichtig dürfen Sanktionen aber kein Tabu sein. Das Einfrieren weiterer Oligarchenkonten oder sogar ein Ausschluss Russlands vom internationalen Bezahlsystem Swift wären im Extremfall denkbar.

End the Cage Age: Bürgerinitiative für mehr Tierwohl

In einer gemeinsamen Sitzung haben der Agrar- und Petitionssusschuss die Forderungen der europäischen Bürgerinitiative „End the Cage Age“ diskutiert. Ich begrüße die europaweit einheitliche Forderung nach mehr Tierwohl, dabei dürfen wir die betroffenen Landwirte aber nicht aus dem Blick lassen und müssen faire Rahmenbedingungen für den Systemwechsel schaffen.

Lesen Sie mehr dazu in meiner Pressemitteilung [hier](#).

Erfolgreiche Agenda für den ländlichen Raum

Egal ob in Europa, in Deutschland oder in Mittelfranken - die Rolle des ländlichen Raums muss gestärkt werden. Wie dies gelingen kann und welche Maßnahmen getroffen werden müssen, darüber haben wir im Plenum debattiert.

Hören Sie sich dazu meine [Stellungnahme](#) an.

Bayerischer Vorschlag wurde blockiert

Es ist wieder der Kampf Ideologie und Realitätsferne gegen Realitätsnähe und Pragmatismus. Leider wurde auf Sonder-Agrarministerkonferenz zur Gemeinsamen Agrarpolitik kein Ergebnis gefunden.

Meine Einschätzung finden Sie [hier](#).

Deutsche Position zur GAP beschlossen

Auf der Agrarministerkonferenz in Berlin wurde sich über den deutschen Strategieplan zur Gemeinsamen Agrarpolitik geeinigt. Das war ein wichtiger Schritt, damit in Brüssel die Verhandlungen mit einer geeinten deutschen Position für die Bäuerinnen und Bauern weitergehen können.

Mehr dazu in dieser [Pressemitteilung](#).

Ökolandbau-Aktionsplan der EU-Kommission

Die Ziele für die Ausweitung und der damit einhergehende Aktionsplan der EU-Kommission sind sehr ambitioniert. Klar ist, dass wir unsere Landwirtinnen und Landwirte nicht alleine lassen dürfen, wenn sie sich für eine Umstellung entscheiden. Allein die Produktion hochzufahren funktioniert allerdings nicht, das Bewusstsein nach guten regionalen Produkten und die Nachfrage nach ökologischen Produkten muss genauso gefördert werden.

Lesen Sie mehr dazu in meiner [Pressemitteilung](#).

Böden richtig schützen und nützen

Der Boden ist eine lebenswichtige Grundlage für sämtliche Prozesse auf der Welt und für und gleichzeitig die Existenzgrundlage für den Agrarsektor. In der Plenardebatte wurde umfangreich über das Ökosystem Boden gesprochen und über den angemessenen Schutz diskutiert, die gleichzeitig eine nachhaltige Nutzung garantieren soll.

Meine Erklärung zur Debatte finden Sie [hier](#).

Europa Zukunftskonferenz

Ziel der Konferenz, die am 9. Mai 2021 (Europatag) in Straßburg startet ist es, den Bürgerinnen und Bürgern ein größeres Mitspracherecht bei Zukunftsfragen einzuräumen. Die Konferenz bietet die Möglichkeit, in einer offenen Debatte Erwartungen an die EU vorzutragen, sich mit den Herausforderungen und Prioritäten Europas aktiv auseinanderzusetzen und sich stärker an der Gestaltung politischer Strategien zu beteiligen. Tragende Grundlagen der Konferenz sind die Prinzipien Inklusivität, Offenheit und Transparenz.

Die Konferenz wird vom Parlament, Rat und der Kommission getragen, die in einer gemeinsamen Erklärung eine Themenliste für die Konferenz veröffentlicht haben. Darin finden Gesundheit, Klimawandel, soziale Gerechtigkeit, digitaler Wandel, die Rolle der EU in der Welt und Wege zur Stärkung der demokratischen Prozesse der EU Berücksichtigung. Letztendlich werden aber über die Themen die Teilnehmer*innen entscheiden.

Die EU-Organe haben sich zur Organisation von europäischen Bürgerforen verpflichtet. Diese sollten in Bezug auf die geografische Herkunft, das Geschlecht, das Alter, den sozioökonomischen Hintergrund und/oder das Bildungsniveau der Bürger*innen repräsentativ sein. Es sollten besondere, auf junge Menschen ausgerichtete Veranstaltungen organisiert werden, da deren Teilnahme für die langfristige Wirkung der Konferenz von wesentlicher Bedeutung ist. Die Beiträge aller Konferenzen und Debatten werden während über eine mehrsprachige digitale Plattform gesammelt, analysiert und veröffentlicht. Diese Veranstaltungen können - mit physischer oder virtueller Teilnahme - unter Einbeziehung aller Bevölkerungsschichten auf verschiedenen Ebenen organisiert werden, darunter auf europäischer, nationaler, transnationaler und regionaler Ebene. Hier können die Teilnehmer ihre Ideen austauschen und Online-Beiträge einreichen. Ein Feedback-Mechanismus stellt sicher, dass die auf Veranstaltungen im Rahmen der Konferenz vorgebrachten Ideen zu konkreten Empfehlungen für EU-Maßnahmen führen. Im Frühsommer 2022 soll dann ein Abschlussbericht mit Empfehlungen vorgelegt werden.

Mehr Informationen zur Gestaltung der Konferenz finden Sie [hier](#).

Schreiben an die Bundeskanzlerin: Unterstützung der Grenzregionen

Zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen der CSU-Europagruppe habe ich mich mit einem Schreiben an unsere Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel gewandt. Konkret fordern wir dabei die stärkere Berücksichtigung der Grenzregionen im nationalen Wiederaufbauplan, sowie Ausweisung von Fördergebieten für die Regionalbeihilfen, um einem Fördergefälle entlang der tschechischen Grenze entgegenzuwirken.

Zum nationalen Wiederaufbauplan: Mittelfristig muss der Wiederaufbau der derzeit erschütterten Beziehungen zwischen den Grenzräumen in Deutschland und Tschechien in den Fokus rücken. Gerade wegen der besonderen Belastung der Grenzregionen durch die Corona-Pandemie müssen diese Regionen bei der Mittelvergabe des deutschen Anteils am Wiederaufbauinstrument „Next Generation Europe“ in besonderer Weise Berücksichtigung finden. Die Gelder der EU wurden bereitgestellt, um die Folgen der Pandemie abzufedern. Und gerade in den Grenzräumen haben wir es mit sehr spezifischen Folgen der Corona-Krise zu tun. Dabei ist uns wichtig, dass die Fördermittel in nachhaltige Projekte fließen, um die Grenzregion im Wettbewerb mit den Metropolen und zentral gelegenen Regionen zu stärken.

Die Mittelverwendung beim deutschen Anteil aus dem Wiederaufbaufonds „Next Generation Europe“ sollte daher nochmals überdacht werden. Insgesamt stehen für die Bundesrepublik Deutschland in den kommenden zwei Jahren 22,7 Milliarden Euro bereit. Uns erscheint dabei die Einrichtung einer Grenzland-Milliarde für die hauptbetroffenen Regionen an der Tschechischen Grenze ein wichtiges Investment in die Zukunft.

Zu den Regionalbeihilfen: Mithilfe der Regionalförderung ist den Grenzregionen der wirtschaftliche Aufschwung gelungen. Mit dem nun bevorstehenden Beschluss der

Regionalleitlinien durch die Europäische Kommission wird der Bevölkerungslafonds entgegen unser aller Einwirken und Bemühen, nicht erhöht werden. Damit wird es in ganz Bayern kein einziges C-Fördergebiet mehr geben und ein erhebliches Fördergefälle von teilweise bis zu 40 Prozent an der Grenze zu Tschechien entstehen. Für ganz Ostbayern ist nun entscheidend auf Bundesebene eine Lösung zu finden. Die Instrumentarien, die schon in der Vergangenheit gewirkt haben, können auch jetzt wieder Anwendung finden und so für alle Grenzlandkreise in Ostbayern Wirkung entfalten.

Eine entscheidende Stellschraube, um oben genanntes Szenario noch abzuwenden, ist der in Randnummer 175 Nr. 4d) der Regionalleitlinien beschriebene Weg. Danach kann ein Mitgliedstaat nicht prädefinierte C-Fördergebiete, als C-Fördergebiet ausweisen, sofern sie ein zusammenhängendes Gebiet bilden, die an ein A-Fördergebiet angrenzen. Zumindest für einige nordbayerische Gebiete, vom Landkreis Hof bis in den Landkreis Tirschenreuth, einem eklatanten Fördergefälle entgegenwirken.

Debatte zum Türkeibesuch bzw. "Sofagate" mit Ratspräsident Michel und Kommissionspräsidentin von der Leyen

Auch auf Wunsch der EVP-Fraktion gab es eine Plenardebatte zum als "Sofagate" bekannt gewordenen Protokoll-Vorfall in Ankara, als nur für Ratspräsident Charles Michel ein Stuhl neben dem türkischen Präsidenten Erdogan zur Verfügung stand, die formell gleichrangige EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen jedoch auf dem Sofa Platz nehmen musste.

Der als „Sofagate“ bekannt gewordene Vorfall während des Türkeibesuchs von Kommissionspräsidentin von der Leyen und Ratspräsident Michel zeigt, dass die Henry Kissinger zugeschriebene Frage "Wen rufe ich denn an, wenn ich Europa anrufen will?" noch immer nicht zufriedenstellend beantwortet ist. Solche Protokollstreitigkeiten tragen dazu bei, dass Europa sein volles außenpolitisches Gewicht nicht einsetzen kann. Ratspräsident Charles Michel muss sein wenig Gentleman-haftes Verhalten kommende Woche im Parlament erklären.

Gerade gegenüber der Türkei und ihrem autoritären Herrscher Erdogan hätte die EU ein starkes, einheitliches Bild abgeben müssen. Im Hinblick auf die Türkei gibt es genug sensible Themen, die eine entschlossene, einige EU erfordern: Migration, Menschenrechte, die politischen Gefangenen in der Türkei, die Zollunion, Zypern oder die ständigen Provokationen der Türkei im östlichen Mittelmeer gegenüber Griechenland sind Themen, die größter Aufmerksamkeit bedürfen. Stattdessen wurde der Besuch leider von „Sofagate“ überlagert.

Kinderrechte sind Menschenrechte

Die EVP-Fraktion hat ihr Positionspapier zu Kinderrechten veröffentlicht. Darin wird auf unterschiedlichste Aspekte von Rechtsvorschriften eingegangen und den Schutz unserer Kinder darin. Kinder müssen ein erfülltes Leben führen können und keine Angst davor haben, sich Herausforderungen zu stellen. Dafür müssen wir die Weichen in allen Lebensaspekten stellen, von den grundlegendsten Aspekten des Justizsystems bis zu den weitreichenden Auswirkungen des Online-Umfelds, sprich Cybermobbing, Online-Werbung aber auch allgemeines Digitalkompetenz.

Hier finden Sie das gesamte EVP-[Positionspapier](#).

Frankreich bereitet sich auf die Wahlen vor

Zwar sind die Präsidentschaftswahlen in unserem Nachbarland erst für April 2022 angesetzt, trotzdem bestimmen die heutigen Themen bereits das Politikgeschehen. Im Kontext der Gesundheitskrise, gepaart mit einer wachsenden Wirtschaftskrise und innenpolitischen Spannungen, hat das französische IFOP Institut die folgenden Themen als wichtige Themen für die Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr ermittelt:

Das vorrangige Thema in den Augen der großen Mehrheit der Franzosen (86%) ist die Gesundheit, ein Ergebnis, das offensichtlich durch die derzeitige Krise "beflügelt" wurde, denn dieser Wert lag im September 2017 bei 60% und im August 2019 bei 65%. Bildung wird von 73% der Befragten als vorrangiges Thema beurteilt, 5 Punkte mehr als im letzten August, als Folge der Ankündigung der vorübergehenden Schließung von Schulen.

Neben der Gesundheitskrise scheint das Thema Sicherheit und Terrorismus für viele Franzosen essentiell zu sein. 70 % denken heute so, womit dieser Anteil auf den Stand vom Januar 2018 gesunken ist. Dieser Wert war im Mai 2020, am Ende der 1. Eindämmung, auf 46% gefallen. Unter den vorgeschlagenen Themen ist die Frage der Europäischen Union am zweitwichtigsten: Nur 30 % der Franzosen halten sie für eine Priorität. Problematisch ist, dass die Les Républicains es schwer haben, Themen für sich zu reklamieren und sich zu positionieren. Ein Kandidat steht noch nicht fest. Die Partei LREM greift Themen ab, die traditionell Wählern der Les Republicains am Herzen liegen. Macron hat bisher hauptsächlich konservative Politik umgesetzt. Mit dem Gesetz gegen radikalen Islamismus, mit dem man muslimische Vereine stärker kontrollieren und Homeschooling stark begrenzen will sowie dem Sicherheitsgesetz, dass die Veröffentlichung von Bildern, auf denen man Polizisten klar identifizieren kann, verbieten würde, wenn Polizisten dadurch physischer oder seelischer Schaden zufügt werden soll. Mit beiden Gesetzesvorhaben rückt auch der LREM noch weiter nach rechts.

Auf europäischer Ebene stellt sich die Frage, wie wir die Kollegen von Les Republicains unterstützen können, auch auf EU-Ebene ihr parteipolitisches Profil zu stärken. Ein Jahr vor der Präsidentschaftswahl sagen Umfragen ein Kopf-an-Kopf-Rennen der Kontrahenten Marine le Pen und Emmanuel Macron von vor vier Jahren voraus. Eindeutige Prognosen lassen sich zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nicht abgeben. Auch vor dem Hintergrund, dass sich eine Reihe möglicher Kandidaten noch nicht offiziell erklärt haben.

Infobrief der CSU-Europagruppe

Hier [verlinkt](#) finden Sie zusätzlich noch den Infobrief der CSU-Europagruppe mit den verlinkten Beiträgen meiner Kolleginnen und Kollegen.

Mein Mittelfranken

Corona-Testzentrum in Roth

Vor-Ort Besuche sind im letzten Jahr eine echte Seltenheit geworden und der Kontakt und Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern fehlt mir sehr. Umso mehr freut es mich, dass ich beim Testzentrum am Rother Festplatz den Initiator und Rother Apotheker Bernhard Eiber treffen konnte. Eine super Initiative, die dem ganzen Landkreis zugutekommt!

Die vollständige Momentaufnahme finden Sie [hier](#).

Diskussionsabend mit den oberfränkischen Landwirtinnen und Landwirten

Ich habe mich aus meinem Wahlkreis hinausbewegt, wenn auch nur virtuell, und hatte zusammen mit meinen oberfränkischen Kolleginnen und Kollegen der CSU einen langen und konstruktiven Austausch. Auch im Gespräch mit unseren Nachbarn haben sich drei zentrale Anliegen herauskristallisiert.

Lesen Sie dazu mehr in der [Pressemitteilung](#).

Bayerische Karpfenteichwirtschaft ist immaterielles Kulturerbe

Nicht mehr nur von Oktober bis Ostern, sondern jetzt auch ganzjährig wird die bayerische Karpfenteichwirtschaft bundesweit als immaterielles Kulturerbe anerkannt. Unsere Teichwirtschaft ist nicht nur als Leibspeise zurecht begehrt, sondern sind auch für die Natur und Umwelt von großer Bedeutung.

Meine Eindrücke finden Sie [hier](#).

Daniela Scharrer: Gastbeitrag zum Thema Wolf

Bayerns jüngste Gemeinderätin Daniela Scharrer engagiert sich politisch in der CSU und studiert ab Oktober an der FH Weihenstephan-Triesdorf Landwirtschaft. Anlässlich der anhaltenden Wolf-Problematik und ihrer unkontrollierten Ausbreitung hat sie einen wirklich lesenswerten Beitrag verfasst. Es freut mich, dass sie sich so aktiv mit der Frage beschäftigt und uns ihre Gedanken dazu näher bringt!

Lesen Sie den kompletten Artikel [hier](#).

Heimische Unternehmen kämpfen gegen die Pandemie

Zusammen mit Norbert Dünkel MdL habe ich dem Unternehmen SEDA einen Besuch abgestattet. Thema war dabei das Verschwinden ganzer Märkte aber auch neue Chancen im Vertrieb. Entscheidend dafür sind stete Gespräche mit der Politik und die Verordnungen, die in Verbindung mit den Geschäftsmodellen relevant sind.

Lesen Sie [hier](#) mehr über meinen Besuch in Neuhaus.

Nachfolger für mein CSU-Bundestagsdirektmandat

Im Waldstadion des SC Feucht sind wir Delegierte zusammen gekommen, um den Nachfolger für mein Bundestagsdirektmandat zu bestimmen. Mit über 97% der abgegebenen Stimmen hat sich die Delegiertenversammlung für den Rother Bürgermeister Ralph Edelhäuser entschieden! Geschlossen werden wir ihn im Wahlkampf unterstützen und ihn nach Berlin bringen.

Ein besonderes Ergebnis, [hier](#) festgehalten.

Herzensangelegenheiten

Welttag des Buches

Ja, der Newsletter diesen Monat ist ziemlich lang, aber hören Sie jetzt nicht auf zu lesen! Zu meinen Herzensangelegenheiten gehören auch Bücher und anlässlich des Welttags des Buches verrate ich Euch [hier](#) ein paar meiner Lieblingsbücher. Vielleicht halten Sie auch einmal kurz inne, legen das Smartphone weg und holen sich ein gutes Buch, dass Sie schon lange einmal (wieder) lesen wollten. Aber natürlich erst nachdem Sie den Rest des Newsletters gelesen haben!

Welttag der Hauswirtschaft

Hauswirtschaft ist kein reines Frauenthema. Es umfasst unser ganzes Leben und die verschiedenen damit verbunden Aspekte benötigen sowohl Zuhause als auch in der freien Wirtschaft Know-how und Erfahrung.

Auch ich möchte den Welttag nutzen, um Sie [hier](#) auf diesen essenziellen Teil unseres Lebens aufmerksam zu machen

Weltwald- und Weltwassertag

Meine Gedanken zu zwei weiteren Anlässen, die uns über unsere Lebensgewohnheiten reflektieren lassen, teile ich euch in dieser [Pressemitteilung](#) mit. Nicht überall ist die Trinkwassersituation so gut wie in Deutschland, das liegt auch an unseren Wäldern. Die beiden gehören zusammen und sind untrennbar. Außerdem sind Spaziergänge im Wald einfach unschlagbar.

Bürgerliches Engagement mit Krapfen

Diesmal kein schlechtes Gewissen beim Naschen! Wer möchte nicht Krapfen essen und dabei gleichzeitig etwas Gutes tun? Rudi Raab hat vor neun Jahren eine Aktion ins Leben gerufen, um Spenden für hilfsbedürftige Organisationen zu sammeln. Jetzt ist „Lions Krapfen Schmaus“ für den europäischen Bürgerpreis nominiert.

Mehr zu der leckeren Initiative finden Sie [hier](#).

Online-Wochenmarkt gut vermarktet

Nicht nur nominiert, sondern gewonnen haben Birgit Wegner und Mareike Schalk. Der europäische Rural Inspiration Award ging an die Beiden für ihr Konzept der Hofladen-Box. Online bestellen und regionale Lebensmittel nach Hause oder an eine Abholstation geliefert bekommen.

Die vielfältigen Vorteile können Sie in der [Pressemitteilung](#) noch einmal nachlesen.

Ernährungssicherheit und Klimaschutz ins Grundgesetz

Mit dieser Forderung möchte der Deutsche Bauernverband den Schutz natürlicher Lebensgrundlagen und der Tiere ergänzen. Landwirtschaft, Ernährungssicherheit und Nachhaltigkeit sind miteinander verbunden. Und unsere Landwirtinnen und Landwirte arbeiten hart, um uns die qualitativ hochwertigsten Lebensmittel auf den Tisch zu bringen. Sie verdienen dafür unsere Anerkennung und nicht stetig wachsenden Druck durch politische und ökonomische Rahmenbedingungen.

Meine Stellungnahme finden Sie in der [Pressemitteilung](#).

Illegalen Welpenhandel stoppen!

Die Pandemie hat einiges im Privatleben verändert. Das gilt auch für Haustiere, denn die Nachfrage nach den treuen Begleitern ist im letzten Jahr enorm gestiegen. Leider hat davon auch der illegale Welpenhandel profitiert. Gleichzeitig kommen auch Tierheime immer mehr an ihre Belastungsgrenze da viele Tiere misshandelt oder zurückgelassen werden. Ich möchte mit einem Schreiben an unseren bayerischen Ministerpräsidenten den Kampf gegen diese Verbrechen neu entfachen.

Mehr dazu [hier](#).

Lesenswert

Harbarth verteidigt Corona-Management

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Stephan Harbarth, hat angesichts wachsender Kritik an der deutschen Corona-Politik um Verständnis für die Verantwortlichen gewonnen.

Seine Aussagen gegenüber den Zeitungen der „Funke Mediengruppe“ können Sie [hier](#) nachlesen.

Fidesz-Austritt aus der EVP: Nachhaltige Folgen

Die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) hat einen neuen Artikel publiziert, der den Austritt der ungarischen Fidesz-Partei aus der EVP-Fraktion behandelt. Insbesondere wird

auf die Folgen für das europäische Parteiengefüge, aber auch auf die zukünftigen Deutsch-Ungarischen Beziehungen eingegangen.

Das SWP-Aktuell können Sie [hier](#) nachlesen.

RTL/ntv-Trendbarometer: Grüne bleiben stärkste Kraft

Grüne 28, CDU/CSU 22, SPD 13, FDP 12, Linke 7, AfD 11 Prozent

Unmittelbar nach der Nominierung von Annalena Baerbock und Armin Laschet zu Kanzlerkandidaten ihrer Parteien für die kommende Bundestagswahl zeigte das RTL/ntv-Trendbarometer starke Verluste der Union und starke Gewinne der Grünen. Auch eine Woche später hat sich das neue Kräfteverhältnis zwischen den Parteien nicht geändert: Die Grünen bleiben mit 28 Prozent weiterhin stärkste politische Kraft, sechs Prozentpunkte vor der CDU/CSU. Die Werte der Parteipräferenzen ändern sich nur minimal: Die Union kann einen Prozentpunkt zulegen, die sonstigen kleineren Parteien verlieren einen Prozentpunkt. Für alle übrigen Parteien ändert sich nichts. Die SPD behauptet mit 13 Prozent ihren dritten Platz im Parteiengefüge nur knapp: Die FDP liegt mit 12 Prozent und die AfD mit 11 Prozent nahezu gleichauf mit der Regierungspartei.

Wenn der Bundestag jetzt neu gewählt würde, könnten die Parteien mit folgendem Ergebnis rechnen: CDU/CSU 22 Prozent (Bundestagswahl 32,9%), SPD 13 Prozent (20,5%), FDP 12 Prozent (10,7%), Grüne 28 Prozent (8,9%), Linke 7 Prozent (9,2%), AfD 11 Prozent (12,6%). 7 Prozent würden sich für eine der sonstigen Parteien entscheiden (5,2%). Die Zahl der Nichtwähler und Unentschlossenen wäre mit 25 Prozent weiterhin etwas größer als der Anteil der Nichtwähler bei der Bundestagswahl 2017 (23,8%).

Wenn jetzt gewählt würde, würden - entsprechend den Wahlabsichten der Bürger - 707 Abgeordnete in den neuen Bundestag einziehen. Im Vergleich zur letzten Bundestagswahl würden die Grünen 145 und die FDP 11 zusätzliche Sitze erobern. Alle anderen Parteien würden Mandate verlieren, am meisten die Union: minus 76. Die Sitzverteilung im neuen Bundestag: Grüne 212, Union 170, SPD 98, FDP 91, Linke 53 und AfD 83 Sitze.

Für eine regierungsfähige Mehrheit werden 354 Sitze benötigt. Demnach sind derzeit vier Koalitionsregierungen denkbar: Grüne und CDU/CSU (zusammen 382 Mandate), „Ampel“-Koalition aus Grünen, SPD und FDP (401 Mandate), ein grün-rot-rotes „Links-Bündnis“ (363 Mandate) sowie eine Koalition aus CDU/CSU, SPD und FDP (359 Mandate). Die derzeit regierende schwarz-rote Koalition käme nur noch auf zusammen 268 Mandate und könnte keine Regierung mehr bilden.

Derzeit wenden sich viele Wähler, die 2017 noch Union oder SPD gewählt haben, von den Regierungsparteien ab. Nur 42 Prozent der SPD-Wähler von damals würden jetzt erneut sozialdemokratisch wählen. Der größte Teil der Abwanderer (28% der damaligen SPD-Wähler) würde jetzt grün wählen. 10 Prozent würden zur Union wechseln, 12 Prozent gar nicht wählen. 8 Prozent würden eine der anderen Parteien wählen.

Auch von den CDU-Wählern von 2017 würden nicht einmal die Hälfte (48%) heute wieder christdemokratisch wählen. Fünf Monate vor der nächsten Bundestagswahl würden 16 Prozent der CDU-Wähler von damals zu den Grünen wechseln. 8 Prozent würden FDP

wählen, 18 Prozent würden derzeit gar nicht zur Wahl gehen. 10 Prozent würden eine der anderen Parteien wählen.

Die CSU kann deutlich mehr Wähler an sich binden als die größere Schwesterpartei. 61 von 100 CSU-Wählern von 2017 würden auch derzeit wieder christsozial wählen. 12 Prozent würden lieber grün, 6 Prozent lieber FDP wählen. 15 Prozent wollen momentan nicht wählen. 6 Prozent würden eine der anderen Parteien wählen.

Auch die Kanzlerpräferenz der Bundesbürger ändert sich in der Woche nach der Kandidaten-Entscheidung nicht. Wenn die Deutschen ihre Kanzlerin oder ihren Kanzler selbst wählen könnten, würden sich unverändert 32 Prozent für Annalena Baerbock und 15 Prozent für Armin Laschet entscheiden. Olaf Scholz verliert zwei Prozentpunkte; für ihn würden sich momentan 13 Prozent der Bürger entscheiden.

Die einzelnen Ergebnisse der Forsa-Umfrage finden Sie [hier](#)

Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP
Brüder Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51

mittelfranken@marlenemortler.eu
www.marlenemortler.eu

Folgen Sie mir auch auf Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Rainer Fürsich, Daniela Seifart

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte per E-Mail an mittelfranken@marlenemortler.eu mit.